



## **Around Europe - Deutsche Ausgabe**

Auszüge aus Nr 326 (Oktober 2010)

### **Festung Europa: das europäische Sicherheits-Forschungsprogramm**

Das europäische Sicherheits-Forschungsprogramm (ESRP) ist Bestandteil des siebten Rahmenprogramms (FP7) der EU, das Projekte von 2007 bis 2013 umfasst. FP7 ist ein Forschungsmodell der EU, das dazu dienen soll, die EU zur „dynamischsten und wettbewerbsstärksten wissensbasierten Wirtschaftsmacht der Welt“ zu machen. Der Gesamthaushalt beträgt über 50,5 Milliarden Euro, davon fließen 1,4 Milliarden an das ESRP. Hauptanliegen des ESRP ist es, die Sicherheit des europäischen Bürgers zu erhöhen, indem es technische Neuentwicklungen der europäischen Sicherheits-Industrie finanziell unterstützt.

Auch im Wirtschaftsbereich macht das ESRP seinen Einfluss geltend, seit es sich zum Ziel gesetzt hat, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen im Sicherheitssektor tätigen Unternehmen zu steigern. Dies ist für die europäische Zivilgesellschaft ein Grund zur Sorge. Die Bereitstellung von Sicherheit gegen Profit könnte Regierungsformen demokratischer Staaten nachhaltig verändern, indem elitäre Systeme begünstigt werden, die Technologie einsetzen, um eine Gesellschaft undemokratisch zu kontrollieren. Auch könnte eine Werbeindustrie, die die Ängste der Menschen schürt, an Einfluss gewinnen und die Privatsphäre in Gefahr geraten.

Die Gründung des ESRP wurde informell vom Beauftragten für Unternehmen und Industrie im Jahre 2003 beschlossen. Da weder eine offizielle Amtshandlung vorgenommen noch eine Petition eingereicht oder ein Konsultationsverfahren bei europäischen und nationalen Parlamenten anberaumt wurde (wie es normalerweise üblich ist, wenn ein neues Budget verabschiedet werden soll), benannte das Komitee im Jahr 2004 eine Gruppe von Persönlichkeiten (GOP), die die nötigen Untersuchungsvoraussetzungen schaffen sollten, „um die Ziele der EU in den Bereichen Ausland, Sicherheit und Verteidigung zu verwirklichen.“ Die undemokratische Vorgehensweise und die Weiterentwicklung des Programms wurden von einigen Organisationen, unter ihnen auch QCEA, aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der europäischen Rüstungsindustrie scharf kritisiert.

Und wirklich, obwohl das FP7 nur für die Forschung im zivilen Sektor zuständig ist, finanziert das ESRP Projekte, die unter starker Beteiligung der Militärindustrie durchgeführt werden, wie auch die Entwicklung der „Dual-use-Technologie“. Darunter versteht man Neuentwicklungen, die sowohl zu militärischen als auch zivilen Zwecken genutzt werden können. Da sie dazu gedacht sind, der Gesellschaft langfristig von Nutzen zu sein, verwischt die Mitarbeit der Rüstungsindustrie die Zielsetzung und birgt zudem das Risiko, dass EU-Gelder für militärische Belange verwendet werden. Letzteres steht im Widerspruch zum EU-Abkommen.

Einige vom ESRP finanzierte Projekte haben die klare Zielsetzung, Technologien zu entwickeln, die wegen ihrer tödlichen Auswirkungen in Krisengebieten auf breiter Ebene Kritik auslösten. Auch bei den sogenannten unbemannten Flugkörpern (unmanned aerial vehicles, UAVs), die kürzlich während der Kriege in Gaza, Afghanistan und Pakistan eingesetzt wurden, ist dies der Fall. Die unbemannten Flugkörper sind auch unter der Bezeichnung „Drohnen“ bekannt, kommen gänzlich ohne menschliche Besatzung aus und werden mittels einer Fernsteuerung gelenkt. UAVs können bei Erkundungs- und Angriffsflügen eingesetzt werden. Obwohl sie sehr

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA Unterstützungsgruppe  
übersetzt worden

Sie ist auf der QCEA website [www.qcea.org](http://www.qcea.org) zu finden

präzise Waffen sein sollen, haben sie Verluste in der Zivilbevölkerung verursacht. UAVs wurden aus dem europäischen Luftraum verbannt, da sie ein Risiko für den zivilen Luftverkehr darstellen. Dessen ungeachtet, werden Studien zu ihrem Einsatz für Zwecke der internationalen Sicherheit von den Institutionen der EU, unter Leitung des ESRP, gefördert.

Nach dem Drittland-Abkommen dürfen Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, am siebten Rahmenprogramm der EU (FP7) teilnehmen. Diese Staaten wurden, dank von der Union genehmigter Abkommen, zu assoziierten Ländern ernannt. Juristische Personen dieser Länder sind somit „berechtigt, Finanzierungen auf der selben Grundlage zu erhalten wie juristische Personen der Mitgliedsstaaten.“ Israel ist eines dieser assoziierten Länder. Das siebte Rahmenprogramm der EU ist derzeit Israels zweitgrößter Finanzgeber im Bereich der akademischen Forschung, neben der Israelischen Naturwissenschaftlichen Stiftung (Israel Science Foundation). Bezogen auf die Einwohnerzahl hat kein Nicht-EU-Land mehr finanzielle Unterstützung erhalten als Israel. Somit nimmt Israel im Plan zur Sicherheit und Zusammenarbeit eine Sonderstellung ein. Die Europäische Kommission unterzeichnete etliche Verträge mit der israelischen Militärindustrie. Diese versorgt die israelische Armee und macht Gewinne durch die Besetzung und durch Angriffe auf die besetzten Palästinensergebiete, Zu der Militärindustrie gehören auch die Israelische Luft- und Raumfahrtindustrie, ein staatseigener Hersteller von Drohnen; Motorola Israel, Produzent von virtuellen Zäunen um die Siedlungen herum und Elbit Systems, eine von Israels größten privaten Firmen für Militär-Technologie, die am Bau der Mauer (Separation Wall) beteiligt war. Kürzlich abgeschlossene Verträge beinhalten ein neun Millionen teures Projekt zur Übermittlung von „kriegswichtigen Daten“ an „Krisenmanager“ in „Führungszentralen“ sowie ein 8,99 Millionen Euro-Projekt zur Entwicklung eines Sicherheitssystems für Flughäfen. Beide Projekte werden von Verint Systems geleitet, einem israelischen Unternehmen, das Erzeugnisse für die Nachrichtentechnik herstellt.

Detailliertere Informationsunterlagen über ESRP wurden von QCEA veröffentlicht und sind auf unserer Webseite zu finden. Außerdem werden wir ein Aktions-Paket entwickeln, das unsere Arbeit zu diesem Thema unterstützen soll.

*Stefano D'Errico*

*Übersetzung Achim Diermeier*